



Schura Niedersachsen  
Landesverband der Muslime  
in Niedersachsen e.V.



DITIB Islamische  
Religionsgemeinschaft  
Niedersachsen und Bremen e.V.

---

## Pressemitteilung

„Muslime nicht in Sonderrollen zwingen“

„Es gibt keinen Grund für weitere Gutachten über die islamischen Religionsgemeinschaften. Diese liegen bereits vor“, erklärt Recep Bilgen, Vorsitzender der Schura Niedersachsen, dem Landesverband der Muslime in Niedersachsen e.V. Anlass sind Äußerungen von CDU-Politiker Björn Thümler zum geplanten Islamvertrag des Landes mit den islamischen Religionsgemeinschaften. Die neue Landesregierung wolle weitere Gutachten einholen.

Recep Bilgen weiter:

Es gibt keinen ersichtlichen Grund, jetzt von dem Vorhaben Staatsvertrag abzurücken, wie SPD und CDU es bereits in ihrem Koalitionsvertrag angedeutet haben. Muslime in Niedersachsen wollen keine Sonderbehandlungen oder Sonderwege, sondern eine Vereinbarung, wie sie in anderen Bundesländern bereits erfolgreich umgesetzt wurde und mit Erfolg praktiziert wird. Alles andere wäre ein fatales Signal an die muslimische und nicht-muslimische Bevölkerung im Land. Muslime wollen ein **selbstverständlicher** Teil dieser Gesellschaft sein und sich in keine Sonderrollen zwingen lassen.“

Yilmaz Kilic, der Vorsitzende der DITIB Niedersachsen und Bremen sagt: „Es verwundert uns sehr, dass die Rede von einem „in ein Staatskirchenvertrag pressen lassen die Rede ist“. Zumal diese Vorgehensweise geltendes und angewandtes Recht ist. Die Muslime wünschen sich Begegnung auf Augenhöhe. Kurz Gleichbehandlung und keine Ausgrenzung. Die Muslime sind schon lange bereit gesamtgesellschaftliche Pflichten zu übernehmen und tun dies auch schon seit Jahrzenten, insbesondere im Bereich Seelsorge, in der Flüchtlingshilfe aber auch beim Islamischen Religionsunterricht. Die Rahmenbedingungen für diese Bereiche wurden mit der CDU geschaffen. Umso mehr verwundert es uns, dass nun die Rede von Vertrauen ist. Denn es waren nicht die Islamischen Religionsgemeinschaften, die einen Vertrauensverlust herbeigeführt haben.

Es wäre nun unverantwortlich die erfolgreiche langjährige Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen in Frage zu stellen. Zumal es ein verfassungsrechtliches und ein religionswissenschaftliches Gutachten bereits gibt, die ein klares Ergebnis haben.

Hakan Toklu  
Referatsleitung Öffentlichkeitsarbeit  
Schura Niedersachsen

Emine Oguz  
Geschäftsführung  
DITIB Niedersachsen & Bremen

Hannover, den 20.11.2017